



Theoriebeilage
Friedrich Engels:
Heute
bedeutungslos?

ISO Rhein-Neckar

**Für
unsere
Rechte
streiten**

INHALT

TITEL

01 KRISENBKÄMPFUNG

Für unserer Rechte streiten

EDITORIAL/INHALT/KRISENBKÄMPFUNG

02 KRISENBKÄMPFUNG 1

Keine Alternative?

KRISENBKÄMPFUNG

03 KRISENBKÄMPFUNG 2

Für unsere Rechte streiten

04 KRISENBKÄMPFUNG 3

Welches Programm?

05 KRISENBKÄMPFUNG 4

An Bewusstsein anknüpfen

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

06 MOBBING-KONFERENZ

BR im Visier?

07 KURZARBEIT

Begrenztes Instrument

08 VERTRAUENSLEUTE

Neuwahlen und dann?

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

Klimastreik, Warnstreiks im Öffentlichen Dienst und an Kliniken, Proteste gegen Braunkohle und Autobahnbau, Aktionen gegen die „Flüchtlingspolitik“ ... Es bewegt sich einiges im Herbst, und das freut uns sehr.

Gleichzeitig ist die Bedrohung durch die Corona-Pandemie wieder gestiegen. Das Johns Hopkins Coronavirus Resource Center spricht mittlerweile von über einer Million Todesfällen weltweit und über 9.500 hierzulande. Trotz dieser schrecklichen Realität sind die von faschistischen Organisationen manipulierten „Corona-Proteste“ nicht vorbei.

Wir sind davon überzeugt, dass nur die Auseinandersetzung mit der Realität die Verhältnisse zum Besseren ändern kann. Dazu bedarf es viel Geduld, solidarischer Aktionen und antikapitalistischer Perspektiven.

Diese Herausforderungen bilden auch den roten Faden der Artikel in dieser Ausgabe von *Avanti*².

In unserer Theoriebeilage erinnern wir an den 200. Geburtstag von Friedrich Engels, einem sehr zu Unrecht weitgehend vergessenen Vorkämpfer der sozialistischen Bewegung.

Wir freuen uns über Eure Neugierde auf all' diese Themen.

Passt auf Euch auf und bleibt gesund!

Eure Redaktion

INHALT

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

09 GE-GELÄNDE

Zerstörung als Mission

SOLIDARITÄT

10 GEFLÜCHTETE

Menschenrechte außer Kraft?

KLIMAPROTESTE/ISO

11 FFF-AKTIONSTAG

Neuer Klimastreik

11 HERBSTSEMINAR

Wie die Welt verändern?

RÜCKBLENDE/TERMINE

12 ANTIFASCHISMUS

Gedenken an Lechleiter-Gruppe

12 TERMINE

THEORIEBEILAGE

01 FRIEDRICH ENGELS

Heute bedeutungslos?

„Kapitalistisches Krisenchaos: Verwalten, hinnehmen oder bekämpfen?“

R. G.

Unter diesem Titel fand der virtuelle September-Infoabend der ISO-Gruppe Rhein-Neckar statt. Dabei ging es darum, wie die kapitalistischen Krisen „offiziell“ bewältigt werden sollen und welche Antworten die ISO gibt.

Ausgangspunkt des Abends waren die aktuellen und sich verschärfenden „Teilkrisen“ des globalen Kapitalismus (z. B. Wirtschaft, Umwelt, Corona, Kriege, Flucht, soziale Ungerechtigkeit, Hunger). Daraus leiteten sich zwei grundsätzliche Fragen ab: 1. Wer soll die Krise bezahlen? 2. Welcher Weg führt aus den Krisen heraus?

Ihre Antworten

Die aktuell gegebenen Antworten des Kapitals und der Regierenden weisen alle in dieselbe Richtung: Erhaltung des (Natur und Mensch zerstörenden) Kapitalismus, weitere Deregulierung, weitere Flexibilisierung der Arbeitswelt, „Elektromobilität“ statt Verkehrswende usw. Und, nicht zuletzt, eine massive Abschottung gegenüber den sich auf der Flucht befindenden Menschen.

Die „Corona-Krise“ dient dabei als „willkommene“ Begründung: Zum Beispiel um einen Teil der Krisen als weniger drängend zu erklären, um ein gigantisches „Konjunkturprogramm“ im Interesse der Großunternehmen und Aktionäre aufzulegen, um „Digitalisierung“ zu beschleunigen, um massiven Personalabbau zu rechtfertigen.

Dies alles dient letztendlich nur dem einen Zweck: Die Kosten der Systemkrisen sollen auch weiterhin auf den Rücken der arbeitenden Klasse abgewälzt werden.

Unsere Vorschläge

Als Gegenentwurf zu diesen prokapitalistischen Antworten, hat die ISO Ihren Aktionsplan veröffentlicht [siehe diese Ausgabe von *Avanti*², S. 4]. Darin werden gesellschaftlich nützliche und ökologische Maßnahmen skizziert, die sich ausschließlich an den Interessen der arbeitenden Klasse und nicht an den Profitinteressen der Kapitalbesitzer orientieren.

Natürlich können die Krisen des Kapitalismus erst mit dessen Abschaffung endgültig überwunden werden. Aber solange kann die arbeitende Klasse nicht warten. Es braucht kurzfristig wirksame Antworten, die den Menschen eine politische Perspektive geben und mobilisierend sein können. Die ISO schlägt mit ihrem Aktionsplan solche Antworten vor.

Solidarische Front aufbauen

Letztendlich wird aber nicht die Veröffentlichung eines Aktionsplans entscheidend sein, sondern ob es gelingt, gegen die Angriffe auf die arbeitende Klasse und das Erstarken der Faschisten eine starke Gegenbewegung zu initiieren.

Der gemeinsame Aufbau einer „sozialen Front“ kann dafür ein Hebel sein. Einer Front, die gegen jede Spaltung der arbeitenden Klasse, für deren gemeinsame Interessen und für grenzenlose internationale Solidarität eintritt. Dafür setzt sich die ISO ein. ■

Für unsere Rechte streiten

H. N.

Laut Artikel 28 (1) Grundgesetz (GG) ist die Bundesrepublik ein „sozialer und demokratischer Rechtsstaat“. In Krisenzeiten erhält die Fassade der kapitalistischen „Rechtsstaatlichkeit“ jedoch sehr schnell tiefe Risse. Immer mehr droht das „Recht des Stärkeren“ zum Normalzustand zu werden.

Formal gelten in der bürgerlichen Gesellschaft vor dem Gesetz alle als gleich. Aber die Konzentration von Macht und Reichtum in den Händen weniger beschleunigt sich in einem kaum vorstellbaren Maß. Dies verschärft die gesellschaftliche, wirtschaftliche und rechtliche Ungleichheit enorm.

Die herrschende Klasse verfügt über riesige finanzielle, juristische und politische Mittel. So kann sie ihre kurz-, mittel und langfristigen Interessen nicht nur gegen geltendes Recht durchsetzen, sondern dieses auch in ihrem Sinne „reformieren“.

Ihre Vormachtstellung hat massive Auswirkungen auf fast alle Bereiche der Gesellschaft. Ausgehend von Großunternehmen hat sich in den letzten Jahren flächendeckend das System der „Diktatur der Zahlen“ durchgesetzt. Es entfesselt die immer wildere Jagd nach Profiten und peitscht die Ausbeutung der arbeitenden Klasse voran. Gesetze, die die Herrschaft des Kapitals etwas einschränken, werden als „Gewinnbremsen“ verstanden und deshalb ignoriert und untergraben.

„Legal, illegal, ...egal“

Das Motto dieser Herrschaften lautet „Legal, illegal, ...egal“. Es ist gleichzeitig der Wahlspruch eines überholten Wirtschaftssystems, des Kapitalismus. Er beruht auf der Ausbeutung von Mensch und Natur.

Immer neue Kriminal-Fälle von gigantischem Ausmaß kommen ans Tageslicht, die nicht zuletzt Deutschland betreffen: Panama Papers, Cum-Ex-Deals, Wirecard-Skandal, Geldwäsche (FinCEN-Files), Steueroptimierung durch Konzerne, Kryptowährungen wie OneCoin.

Ein kurzer medialer Aufschrei, gespielte Empörung auf der politischen Ebene – und das war es dann? Nein, natürlich nicht: Es folgt ja noch meist die Identifizierung, Verfolgung und Ausschaltung der „Aufklärer“ auf den Fuß.

Beispielhaft für dieses Vorgehen ist der bekanntgewordene Fall Commerzbank. Er zeigt nicht nur auf, wie reiche Personen und Unternehmen mit Hilfe von Banken versuchen, sich vor Steuern zu drücken. Er belegt auch, wie prokapitalistische Politik dies unterstützt.

1993 hatte die damalige Bundesregierung die „Zinsabschlagsteuer“ eingeführt. Kleine Sparguthaben konnten so nach der Ausschöpfung des Freibetrags umstandslos besteuert werden. Aber Vermögende, Reiche und Superreiche schafften damals ihre Geldvermögen in die Schweiz oder nach Luxemburg. Somit umgingen sie die Besteuerung in Deutschland. Banken warben offen für den „Zweitwohnsitz für Ihr Geld“.

Eine engagierte vierköpfige Gruppe der Frankfurter Steuerfahndung erhielt damals Informationen über steuerflüchtige Kunden der Commerzbank. Sie führten deshalb im Februar 1996 eine Razzia in der Vorstandsetage der Bank durch. Für den deutschen Fiskus hat sich das sehr gelohnt. Über 1,2 Milliarden Mark (rund 600 Millionen Euro) konnte er deshalb schon bis 2003 an Mehreinnahmen verbuchen.

Politik für das Kapital

Für das erfolgreiche Team der Steuerfahndung hat sich der Einsatz jedoch absolut nicht gelohnt. Im Gegenteil: Es wurde danach auf „Anweisung von oben“ für „verrückt“ erklärt und aus dem Amt gemobbt. Für seine einzelnen Mitglieder begann danach eine jahrzehntelange Höllenfahrt. Erst 2017 und 2018 gelang ihnen ein Vergleich mit dem Land Hessen.

Zudem beugte die Politik weiteren Fahndungserfolgen vor. Mit der „Amtsverfügung 2001/18“ legalisierte die hessische Finanzverwaltung die Steuerhinterziehung mittels der Stückelung in kleinere Geldbeträge.

Die hierzulande nach wie vor enorme Steuerkriminalität wird bis heute kaum in einem Hauptverfahren vor einem deutschen Gericht verfolgt. Trotz steigender Verdachtsfälle bleibt die Zahl der Anklagen konstant niedrig. Das ist kein Zufall, sondern politisch gewollt. Das „Wirtschaftswachstum“ und das Treiben von „Investoren“ in der Industrie, im Finanz- und Immobiliensektor oder im Gesundheitsbereich soll nicht gestört werden.

Warum nicht die durch Ausbeutung und Betrug angehäuften Milliarden der Gesellschaft zurückgeben? Das wäre nur gerecht.

Gegenmacht stärken

Aber Rechtsfragen sind Machtfragen. Ohne organisierte und aktive Gegenmacht können weder diese Unsummen zurückgeholt noch unsere Rechte in anderen Bereichen verteidigt oder gar ausgeweitet werden.

Raue Zeiten haben begonnen. Die Propagierung des „kleineren Übels“, das Klammern an die klebrige Illusion der „Sozialpartnerschaft“ und der Traum von einem „grünen“ Kapitalismus sind buchstäblich brandgefährlich.

Wir Aktiven in den Gewerkschaften, in den sozialen Bewegungen und in der zersplitterten Linken stehen vor einer zentralen Herausforderung. Wir müssen eine solidarische Front über alle Grenzen hinweg aufbauen. Und wir müssen gemeinsam für unsere Rechte streiten!



„Konjunkturprogramme“ für ihre Profite oder ein Aktionsplan für unser Leben? Ihre Antworten auf die Krisen und unsere

KOORDINATION DER ISO

Das linksradikale Umtriebe nicht verdächtige Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat jüngst in einer Studie festgestellt, dass die Vermögensverteilung hierzulande noch ungleicher ist als bisher bekannt. Die 45 reichsten deutschen Familien verfügen über eben so viel Eigentum wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung (41,6 Millionen Menschen). 45 (Familien) zu 41.600.00 (Menschen).

Vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen des Kapitalismus stellen sich zwei Fragen. Wer zahlt die Zeche? Und welcher Weg führt aus diesen Krisen?

Ihre Antworten ...

Die Kosten der gegenwärtigen Gesamtkrise hierzulande werden auf rund 2 Billionen Euro geschätzt. Die Herrschenden und ihre Politik haben mit den „Konjunkturprogrammen“ bereits mit der Abwälzung der Krisenlasten begonnen. Die abhängig Beschäftigten und die Armen sollen zahlen. Das ist ihre Antwort auf die erste Frage.

Ihre Antwort auf die zweite Frage lautet: „Transformation“ zu einem „grünen“ Kapitalismus mit noch mehr „Deregulierung“, „Digitalisierung“, „Elektromobilität“, „Flexibilisierung“, „Privatisierung“ und dergleichen mehr. Damit soll die „Konkurrenzfähigkeit“ des deutschen Kapitalismus gesichert werden. Gleichzeitig bedeutet das die Fortsetzung der von privaten Profitinteressen bestimmten chaotischen und gefährlichen Entwicklungen.

... und unsere

Um die sich beschleunigenden sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Verwerfungen effektiv bekämpfen zu können, bedarf es jedoch einer Perspektive im Interesse der großen Mehrheit, im Interesse der arbeitenden Klasse. Ihr Kern muss ein Aktionsplan öffentlicher Aufgaben und Maßnahmen sein. Ihn gilt es, demokratisch zu erstellen und durchzusetzen. Die Erringung gesellschaftlicher Kontrolle über die entscheidenden Sektoren der Wirtschaft ist dafür eine wesentliche Voraussetzung.

Ein Aktionsplan gesellschaftlicher Aufgaben

Dieser Plan sollte mindestens die folgenden 10 Punkte umfassen:

1. Eine wirksame Bekämpfung der Klimakatastrophe und der Naturzerstörung setzt eine grundlegende Wende in den verschiedensten Bereichen voraus. Sie kann nur gelingen, wenn die profitgetriebenen zerstörerischen Auswirkungen von Agrargeschäft, Massentierhaltung, Fischindustrie, Produktion, motorisiertem Individual- und Flugverkehr, Flächenverbrauch, Städtebau und Energieerzeugung im jeweiligen Bereich und im Zusammenhang gesehen und planmäßig überwunden werden.
2. Sinnvolle Arbeit und eine würdige Existenz müssen für alle Menschen ermöglicht werden. Das Recht auf Arbeit ist elementar für die arbeitende Klasse in einer auf Ausbeutung begründeten Gesellschaft.
3. Statt Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit für Millionen muss die Arbeit auf alle verteilt werden, zum Beispiel durch eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust und mit Personalausgleich in Stufen: 35-Stundenwoche, 30-Stundenwoche ...
4. Leiharbeit, Werkverträge und alle Formen prekärer Beschäfti-

gung müssen ebenso wie Entlassungen verboten werden. Wir dürfen nicht weiter hinnehmen, dass ein wachsender Teil der Arbeitenden zu Dauer-Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten im Niedriglohnbereich und „Aufstockern“ gemacht wird.

5. Das Existenzminimum von prekär Beschäftigten und selbständig Tätigen ist unbürokratisch zu sichern. Ein garantierter Mindestlohn von 15 € ist umgehend einzuführen. Armut ist darüber hinaus in allen Bereichen und Altersgruppen durch eine gesellschaftliche Grundsicherung von 1.500 € zu verhindern.
6. Ein umfassender gesetzlicher Gesundheitsschutz wird für alle hier lebenden Menschen sichergestellt. Dies geschieht durch den Stopp aller Privatisierungen, gute Personalschlüssel für alle Bereiche im Gesundheitswesen und die Abschaffung des Systems der Fallpauschalen. Ein kontinuierlich weiterentwickeltes Programm fördert den massiven Ausbau des gesellschaftlichen Gesundheitssektors, der einer demokratischen Kontrolle durch die Beschäftigten und die zu Pflegenden unterliegt. Er hat die Aufgabe ganzheitlich die Ursachen von Gesundheitsgefährdungen zu bekämpfen. Aufklärung der Bevölkerung und Prävention stehen dabei an erster Stelle.
7. Wohnen ist ein Grundrecht. Es muss durch die Vergesellschaftung von Grund und Boden vor allem in den Städten sowie das Verbot von Immobilienspekulation und die Enteignung von Wohnungskonzernen durchgesetzt werden.
8. Bildung und Kultur für alle Menschen ist ein Menschenrecht. Es muss durch die Überwindung der neoliberalen Zerstörungen und den koordinierten Ausbau dieser Bereiche sichergestellt werden.
9. Massenmedien, insbesondere die von wenigen Großkonzernen beherrschte digitalen Bereiche, werden der Aufklärung und Information verpflichtet und in gesellschaftliches Eigentum überführt. Ein demokratischer Zugang für alle ist zu sichern und durchzusetzen.
10. Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfolgt aus einer Solidaritätssteuer von mindestens 20 % auf alle Geldvermögen über 1 Million Euro, aus der Beschlagnahme aller zur „Steuer-Optimierung“ durch Konzerne und Einzelpersonen im Ausland versteckten Milliarden und durch die Einführung einer Vermögenssteuer von 80 % für alle Einkommen, die das Tausendfache des Durchschnitts betragen.

Für die Durchsetzung dieser oder anderer Forderungen sind die politischen und sozialen Kräfteverhältnisse entscheidend. Jene sind abhängig von der Stärke des gemeinsamen Kampfes von unten. Ihn vorzubereiten und zu fördern ist die Aufgabe einer solidarischen Front der sozialen Bewegungen sowie der handlungsbereiten linken und gewerkschaftlichen Organisationen.

Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!

13.09.2020 ■

Aktionsplan im Sinne der Übergangsforderungen* An Bewusstsein anknüpfen

MANUEL KELLNER

Der hier dokumentierte Aktionsplan der ISO ist ein Versuch, die Strategie der Übergangsforderungen auf die gegenwärtige politische Lage in Deutschland anzuwenden.

Auf die Frage interessierter Kolleg*innen und anderer Linker, was wir eigentlich wollen, genügt nicht der Verweis auf unsere programmatischen Grundpositionen. Natürlich wollen wir die Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft durch eine sozialistische Umwälzung.

An die Stelle der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, die eine eher schlecht als recht verschleierte Herrschaftsform des Kapitals ist, wollen wir eine sozialistische Demokratie, in der die abhängig Beschäftigten und die kapitalfreie Mehrheit der Bevölkerung das Sagen haben.

Aber was setzen wir der Regierung Merkel und überhaupt der etablierten Politik konkret entgegen? Seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie steht nicht mehr die gnadenlose Sparpolitik mit ihrem Dogma der „schwarzen Null“ im Mittelpunkt. Milliarden schwere „Konjunkturprogramme“ sind an deren Stelle getreten.

Nun halten wir es nicht für ausreichend, hierauf bloß mit einzelnen Verbesserungsvorschlägen zu reagieren, wie das andere Linke tun, vor allem auch die Partei Die Linke. Das ganze Prinzip ist falsch, weil es der Logik der Kapitalherrschaft und der Kapitalinteressen folgt. Darum stellen wir dem ein Programm öffentlicher Ausgaben für die gesellschaftlich – gesundheitspolitisch, sozial und ökologisch – dringlich gebotenen Maßnahmen entgegen.

Solidarische Massenaktionen

Es geht uns damit darum, die Möglichkeiten solidarischer Massenaktionen zur Durchsetzung der genannten Ziele und, im Fall ihrer Durchführung, zu ihrer demokratischen Kontrolle von unten auszuloten. Deshalb verstehen wir unseren Aktionsplan als Diskussionsangebot für alle Kräfte und Einzelpersonen, die an der Aus-

lösung solcher Bewegungen interessiert sind oder schon daran arbeiten.

Welcher der genannten – oder vielleicht auch nicht genannten – Punkte letztlich von einer großen Zahl von Menschen in praktischer gemeinsamer Aktion aufgegriffen werden, können wir heute nicht wissen. Wir wollen dies aber zusammen mit allen daran Interessierten herausbekommen und mit gemeinsamen Initiativen testen.

Dieses Herangehen an die gegenwärtigen Aufgaben steht in der Tradition der jungen Kommunistischen Internationale, bevor sie von der Stalin-Fraktion überwältigt und schließlich aufgelöst wurde. Auf ihrem Vierten Kongress 1922 diskutierte sie über Einheitsfronttaktik sowie Teil- und Übergangsforderungen. Vor der sozialistischen Eroberung der politischen Macht war die Mehrheit der Arbeiter*innenklasse für die konkreten Vorschläge der Kommunist*innen und schließlich für ihre Grundpositionen – für die sozialistische Umwälzung – zu gewinnen.

Natürlich unterscheiden sich die damaligen Bedingungen in vielem von den heutigen. Das Grundproblem ist aber geblieben. Darum treten wir dafür ein, an dem seitdem weitgehend verschütteten strategischen Problembewusstsein von damals anzuknüpfen. Es geht nicht darum, etwas nachzuplappern oder zu kopieren, was damals versucht wurde. Es geht darum, eine Methode zu verstehen und auf die heutigen Probleme anzuwenden.

Eine neue Generation von Revolutionär*innen wird weiter gehen und das revolutionäre Denken erneuern – aber ohne die kritische Aneignung der revolutionären Überlieferungen der Vergangenheit wird das nicht gelingen.

* [Dieser Beitrag ist ursprünglich für *die internationale* verfasst worden.] ■

Kundgebung am 1. Mai 2020 in Mannheim



Foto: helmut-roos@web.de.

„Nutzt dieses Forum, es gibt in dieser Form kein zweites.“*

7. Konferenz „Betriebsräte im Visier“

Am 17. Oktober 2020 findet ab 13:00 Uhr die 7. Konferenz „BR im Visier“ im Mannheimer Gewerkschaftshaus statt. Sie wird organisiert vom Mannheimer Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“. Violetta Bock sprach mit Wolfgang Alles über die Ziele und Entwicklung der Konferenz im Lauf der Jahre.

Um was geht es bei der Konferenz und an wen richtet sie sich?

Die Konferenz „Betriebsräte im Visier“ richtet sich vor allem an Betroffene, das heißt Interessensvertretungsmitglieder, die Opfer von Betriebsratsmobbing bzw. Gewerkschaftsbekämpfung sind. Wir wollen aber natürlich auch hauptamtliche Gewerkschafter*innen ansprechen, um mit ihnen in einen Austausch über diese problematische Situation zu kommen und wie man Gegenwehr organisieren kann. Neben dem Austausch wollen wir analysieren, welche Werkzeuge uns zur Verfügung stehen, um diesem Klassenkampf von oben wirksam begegnen zu können.

Die Konferenz findet ja zum siebten Mal statt. Gibt es diesmal einen besonderen Schwerpunkt und wie würdest du die Veränderung in den letzten Jahren beschreiben?

Wir versuchen ja dazu zu lernen. Bei den ersten Konferenzen stand die Skandalisierung dieses schwierigen Themas im Mittelpunkt. Wir haben bald gemerkt, dass das nicht ausreicht, um wirklich die Verhältnisse in diesem Sektor zu ändern. Und wir haben uns zunehmend überlegt, wie können sich Kolleginnen und Kollegen in den Gremien aufstellen, um entsprechende Angriffe schnell erkennen aber auch zurückweisen zu können. Und natürlich wollen wir da auch die Gewerkschaften mit ins Boot holen. Das haben wir auch von Beginn an getan. Das Ziel ist also, dass wir verstärkt versuchen, die Methoden der Gegenwehr zu diskutieren und zu vermitteln. Da ist natürlich das Thema „Organizing“ ganz besonders in den Fokus gerückt und spielt auch bei dieser Konferenz eine wichtige Rolle.

Am Anfang ging es also erstmal darum, Öffentlichkeit für das Thema zu schaffen und auch die Gewerkschaften dafür zu sensibilisieren. Ihr hattet ja auch Beteiligte vom Vorstand der IG Metall auf Eurer Konferenz. Wie ist Dein Eindruck: Hat sich in den Gewerkschaften schon etwas geändert?

Vor sechs Jahren war die erste Konferenz und von Anfang an war die IG Metall mit im Boot. Über die Mannheimer IG Metall haben wir zum vorletzten Gewerkschaftstag einen entsprechenden Antrag zum Kampf gegen BR-Mobbing eingebracht, der dann auch mit großer Mehrheit angenommen worden ist. Seitdem haben wir natürlich verstärkt Kontakte zu Kolleginnen und Kollegen im IG Metall Vorstand in Frankfurt. Da gibt es einen stetigen Austausch zu diesen Fragen.

Eine Forderung in dem Antrag war doch auch eine Art Task Force. Wie siehst Du den Stand der Umsetzung?

Es ist immer so, dass Anträge das eine und die Umsetzung das andere sind. Da hat sich einiges bewegt. Ich denke aber, da müsste sich noch mehr bewegen. Das Thema Betriebsratsmobbing und Gewerkschaftsbekämpfung hat ja dann auch auf dem letzten Gewerkschaftstag eine noch größere Rolle gespielt als bei der Konferenz von 2015. Das heißt die Organisation ist gezwungen sich damit auseinanderzusetzen, weil die Angriffe einfach massiver und schärfer werden, und da wird von Kapitalseite die Corona-Pandemie ausgenutzt, um die Angriffe noch weiter zu verstärken. Es ist noch einiges zu tun bei der Umsetzung der Beschlüsse. Da ist etwa noch Luft nach oben, was die Umsetzung und Entwicklung einer sogenannten Task Force

angeht bzw. einer Anlaufstelle für betroffene Kolleginnen und Kollegen. Aber hier ist die IG Metall natürlich den anderen Gewerkschaften weit voraus. Ver.di ist da auch unterwegs, auch in anderen Gewerkschaften, mittlerweile auch im DGB, ist das Thema angekommen. Aber die Wahrnehmung von vielen betroffenen Kolleginnen und Kollegen ist, dass sie sich oft noch sehr allein gelassen fühlen und dass dieser aggressiven Macht, die hinter den Angriffen auf demokratisch gewählte Interessensvertretungen steht, noch nicht genügend koordiniert und wirksam entgegen gehalten wird.

Du hattest Corona angesprochen. Wie ist Euer Eindruck, hat da auch das BR-Mobbing pausiert oder wurde es eher befeuert?

Wir haben natürlich keine wissenschaftlich abgesicherten Daten. Das ist Teil des Skandals, dass der reale Umfang nicht wirklich erfasst wird. Es gibt einzelne Studien. Aber unser subjektiver Eindruck aus verschiedenen Branchen ist, dass die Angriffe härter werden und dass massiv versucht wird, konsequente Interessenvertretung zu bekämpfen und unmöglich zu machen.

Im Moment sieht es ja ganz gut aus, dass die Konferenz physisch stattfindet. War das für Euch eine Frage, ob man die Konferenz jetzt ausfallen lässt?

Wir sind wie alle von der Pandemie und ihren Auswirkungen überrollt worden. Wir haben unsere Komiteetreffen sehr schnell auf Video- und Telefonkonferenzen umgestellt. Aber für uns war immer klar, dass wir versuchen wollen, eine Präsenzveranstaltung durchzuführen, natürlich unter Einhaltung der notwendigen Gesundheitschutzregeln. Das ist schon eine zusätzliche Herausforderung, weil der Saal beschränkt ist, und da diskutieren wir noch, wie wir technisch allen eine Teilnahme ermöglichen können. Es sollten sich auf alle Fälle alle anmelden, die in einer schwierigen Situation sind. Alle Kolleginnen und Kollegen, die in den letzten Jahren teilgenommen haben, das waren in der Summe ja mehrere Hundert, sie alle haben gesagt, dass es für sie total wichtig war, dass es den Austausch gibt, dass wir sehen, wir sind keine Einzelfälle, dass wir sehen, da steckt ein kriminelles System der Betriebsratsbekämpfung dahinter usw. Deswegen kann ich nur appellieren: Nutzt dieses Forum, es gibt in dieser Form kein zweites.

Gibt es etwas, worauf Du dich besonders freust?

Ich freue mich persönlich enorm, Kolleginnen und Kollegen wieder zu sehen, die ich in der letzten Zeit nur per Videokonferenz sehen konnte, und das ist, denke ich, schon ein starkes Bedürfnis für alle Menschen von dieser virtuellen Ebene auf eine reale Ebene des physischen Miteinanders zurückzufinden.

Mehr Infos unter: www.gegen-br-mobbing.de/konferenz-br-im-visier
Schriftliche Anmeldungen sind zwingend erforderlich. Die Konferenz wird unterstützt von IG Metall Mannheim sowie AKUWILL Oberhausen, DGB Baden-Württemberg, IG BCE Weinheim, OKG – „Organisieren-Kämpfen-Gewinnen“, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar, work-watch Köln

* [Dieses Interview wurde ursprünglich für die Sozialistische Zeitung geführt.] ■

Mit Kurzarbeit durch die Corona-Krise?

S. T.

In der Regel dient Kurzarbeit dazu, Unternehmen und Beschäftigten durch wirtschaftlich schwierige Zeiten zu helfen. Firmen sollen, wenn es mal etwas schlechter läuft, nicht gleich „ihr“ erfahrenes Personal entlassen, und Beschäftigte müssen nicht gleich um ihren Arbeitsplatz fürchten.

Erste Regelungen in Richtung Kurzarbeitergeld gibt es seit 1910. Die damals vom Kapazitätsabbau der Kali-Industrie betroffenen Arbeiter erhielten eine Kurzarbeiterfürsorge. 1924 wurde dann die „Kurzarbeiterunterstützung“ geschaffen. Das Kurzarbeitergeld wurde am 1. Januar 1957 eingeführt.

Anfällige globale Lieferketten

Viele Unternehmen sind heute in weltweite Produktions- und Vertriebsstrukturen integriert. Sie sind dadurch abhängig von funktionierenden globalen Lieferketten.

Der weitgehende Verzicht auf Lagerhaltung, um Lagerkosten zu reduzieren, sowie die Produktion wichtiger Teile durch Vorproduzenten macht den Herstellungsprozess für kurzfristige Lieferausfälle anfällig. Werden solche Teile, Komponenten oder Rohstoffe knapp oder stehen gar nicht mehr zur Verfügung, kann der gesamte Produktionsablauf eines Betriebes davon betroffen sein.

Im Rahmen der aktuellen Wirtschaftskrise hat die Corona-Pandemie die Lieferketten weltweit zusätzlich massiv gestört und damit die Anfälligkeit des globalen kapitalistischen Wirtschaftssystems demonstriert.

Aktuelle Kurzarbeit in Europa

Ende April 2020 haben Unternehmen in der EU, in Großbritannien sowie der Schweiz für rund 50 Millionen Beschäftigte Kurzarbeit beantragt. Allein in den 27 EU-Staaten für rund 42 Millionen. Dies entspricht knapp 27 Prozent aller Beschäftigten in der EU.

Die Zahl der Anträge ist wahrscheinlich höher als die tatsächliche Zahl der von Kurzarbeit betroffenen Beschäftigten. Denn Unternehmen beantragen oft präventiv für größere Belegschaftsgruppen Kurzarbeit als dies letztendlich notwendig ist. Dennoch beziehen so viele Beschäftigte wie noch nie Kurzarbeitergeld.

Am stärksten von Kurzarbeit betroffen waren Beschäftigte in Frankreich (11,3 Millionen Anträge bei der nationalen Arbeitslosenversicherung), Deutschland (10,1 Millionen), Italien (8,3 Millionen) und Großbritannien (6,3 Millionen).

Gemessen an der Beschäftigtenzahl hatte die Schweiz mit 48,1 Prozent den höchsten Anteil aller Anträge zur Kurzarbeit, gefolgt von Frankreich (47,8 Prozent), Italien (46,6 Prozent) und Luxemburg (44,5 Prozent). In Deutschland beziehen sich die Anträge auf Kurzarbeit auf etwas mehr als ein Viertel aller Beschäftigten (26,9 Prozent).

Wie bedeutsam die Kurzarbeit als ein Instrument zur „Krisenbewältigung“ ist, zeigt der Vergleich mit den USA, wo kaum Kurzarbeiterregelungen genutzt werden und deshalb bereits mehr als 40 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz verloren haben.

Unterschiedliche Regelungen

Doch die nationalen Regelungen weisen in Hinblick auf Höhe und Dauer des Kurzarbeitergeldes deutliche Unterschiede auf.

So reicht die Höhe des Kurzarbeitergeldes, gemessen am ausgefallenen Entgelt, je nach Land von 50 Prozent in Polen bis zu 100 Prozent in den Niederlanden, Dänemark oder Irland. In vielen Staaten liegt das Niveau bei 70 oder 80 Prozent. Die Dauer der Zahlungen variiert zwischen zwei Wochen in Rumänien über drei Monate in Dänemark oder Luxemburg, sechs Monate in den Niederlanden oder Österreich, bis zu 12 Monaten in der Schweiz und Frankreich, bis zu 13 Monaten in Finnland sowie neuerdings bis zu 24 Monaten in Deutschland – befristet bis Ende 2021.

Unsere Forderungen

Kurzarbeitende sind oft mit drastischen finanziellen Einbußen konfrontiert. Generell sind Beschäftigte mit niedrigeren Einkommen in Betrieben ohne Tarifvertrag oder Betriebsrat sowie Frauen davon besonders betroffen.

Deshalb fordern wir: Statt Kurzarbeitergeld erhalten Beschäftigte zunächst eine uneingeschränkte Entgeltfortzahlung aus den Gewinnen von profitablen Unternehmen und von Großaktionären.

Anschließend erhalten sie Kurzarbeitergeld in Höhe des bisherigen Entgelts. Zudem gilt ab sofort ein Verbot von Entlassungen. Vor allem aber muss die Arbeit auf alle verteilt werden. Am besten durch beschäftigungswirksame Verkürzungen der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich: 30 Stunden sind auch genug! ■



Trotz Corona Vertrauensleute-Wahl bei nora

K. W.

Dieses Jahr wurden bei nora wieder die gewerkschaftlichen Vertrauensleute gewählt. Trotz der durch die Pandemie erschwerten Bedingungen konnte die Wahl erfolgreich als Briefwahl durchgeführt werden.

Starke Unterstützung durch Mitglieder

Ein großer Teil der IG BCE-Mitglieder machte von seinem Wahlrecht Gebrauch und wählte 41 Vertrauensleute.

Gerade im Falle des gewerkschaftlichen Vertrauensleutekorpers gilt der Grundsatz: Je mehr Mitglieder und Unterstützer*innen er hat, desto stärker ist er. Und umso größer ist auch die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit im Betrieb.

Zu wenige Vertrauensfrauen

Leider ist der Anteil von Frauen im Vertrauensleutekörper noch sehr gering. Die seit Jahren offensichtliche Aufgabe, Kolleginnen für die gewerkschaftliche Arbeit und die Vertrauensleutefunktion zu gewinnen, bleibt damit weiterhin bestehen.

Unter den neuen Vertrauensleuten sind viele „alte Hasen“, aber auch viele jüngere Kolleg*innen. Sie alle spüren die wachsende Ungerechtigkeit und brennen darauf, aktiv gegen diese vorzugehen.

Wo bekommt man sonst noch die Chance geboten, gemeinsam mit der Belegschaft bei den auf uns zukommenden Veränderungen der Arbeitswelt unsere Interessen zu vertreten und zu verteidigen?

Vertrauensleute als Basisstruktur

Die nora-Vertrauensleute fungieren jetzt als Bindeglied zwi-

schen den Mitgliedern, dem Betriebsrat und der IG BCE vor Ort. Als Vertrauenspersonen sind sie Ansprechpartner für Fragestellungen aus dem Alltag und bei konkreten Problemen am Arbeitsplatz. Zusammen mit den gewerkschaftlich organisierten Betriebsratsmitgliedern setzen sie sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ein.

Organisierte Gegenwehr

Gerade in Zeiten großer Veränderungen braucht es engagierte Kolleginnen und Kollegen, die sich innerhalb des Betriebes für die Interessen der Beschäftigten einsetzen.

Die Vertrauensleute bei nora sind die gewerkschaftliche Vertretung und die Sprecher*innen der Kolleginnen und Kollegen im Betrieb und geben der IG BCE ein Gesicht. Durch ihre Arbeit mit und in der Belegschaft wissen sie, was wo los ist. Um ihre Funktion ausfüllen zu können, werden sie zu kompetenten Aktiven aus- und weitergebildet.

Bei all den Herausforderungen, die die Zukunft für uns bereithält, braucht es einen starken und aktiven Vertrauenskörper, der die Interessen und Anliegen der Belegschaft aufgreift und gemeinsam mit ihr den betriebs- und tarifpolitischen Kampf führt. Denn nach wie vor gilt der alte Satz: Nur gemeinsam sind wir stark! ■



Demo bei Freudenberg in Weinheim, November 2006.

Foto: Privat.

GE-Gelände Käfertal

Generelle Eliminierung

H. N.

Der hemmungslose Zerstörungswahn des herrschenden Profitsystems lässt sich sehr gut in Mannheim-Käfertal beobachten.

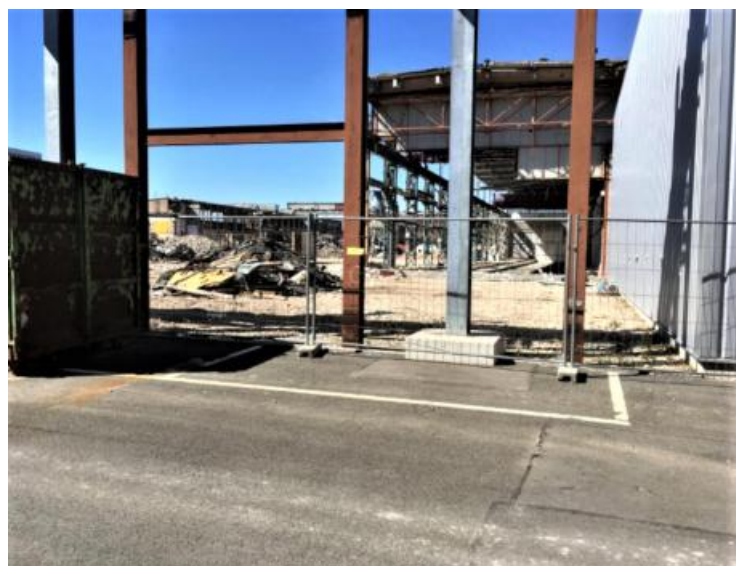
Ende 2015 kam unter dubiosen Umständen der Verkauf der Power-Sparte von Alstom an den US-Konkurrenten General Electric (GE) zustande. Dieser hat danach mit dem brutalen Plattmachen des Traditionswerks begonnen.

Der sozialen und wirtschaftlichen Kriegsführung des GE-Managements fiel nicht nur einzigartiges Wissen in der Energietechnik zum Opfer. Sondern der Konzern vernichtete bisher auch rund 1.500 meist hochqualifizierte industrielle Arbeits- und Ausbil-

dungsplätze.

GE verhökerte im letzten Jahr das ehemalige BBC-Gelände an den „Projektentwickler“ Aurelis Real Estate – mit Billigung des Gemeinderats der Stadt Mannheim, der auf sein Vorkaufsrecht verzichtete.

Die aktuellen Folgen kapitalistischer „Projektentwicklung“ zeigen die hier veröffentlichten Aufnahmen vom 10.09.2020. Die „Sozialbindung“ des Eigentums braucht „Investoren“ nicht zu stören. ■



Seebrücke-Proteste

Menschenrechte gelten auch in Moria!

N. B.

Am 09.09.2020 hat ein Brand das Flüchtlingscamp Moria auf der griechischen Insel Lesbos zerstört und den knapp 13.000 Bewohner*innen ihr provisorisches und doch allzu oft langfristiges Zelt-„Zuhause“ genommen. Dabei handelt es sich keinesfalls um eine „griechische Tragödie, sondern eine europäische Katastrophe“, wie zum Abschluss der Mannheimer Seebrücke-Demo am 9. September, dem Tag des Brandes, betont wurde.

Dass diese Katastrophe politisch verursacht ist, wird dadurch unterstrichen, dass der Bundesinnenminister der BRD, Horst Seehofer, die Aufnahme der Geflüchteten in den vielen Kommunen verweigert, die sich dazu bereit erklärt haben.

Es wird schwadroniert, man könne die Menschen nicht von der Insel auf das Festland bringen, denn das Lager würde sich direkt wieder füllen. Als ginge es hier um eine Wassertonne, die es nicht zu leeren lohnt, weil sie sich ohnehin gleich wieder füllt. Wir sprechen hier aber nicht von 13.000 Wassertropfen, sondern von Menschen: von 13.000 Menschen die endlich ein zumindest etwas humaneres Leben beginnen könnten. Allerdings ist auch der Asylprozess in anderen Lagern Europas entmenslichend und demütigend. Zudem geht es um weitere 13.000 Geflüchtete, die wenigstens der Türkei entkommen und einen Schritt weiter gehen könnten in ihrer riskanten Flucht vor Zuständen, die unerträglich sein müssen.

Ausbau der Festung Europa

Dass es der EU nicht um die Menschen, nicht um Menschlichkeit oder Menschenrechte geht, ist längst klar. Perverbiert wird dies aber weiter mit der „Reform“ des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) und der Verwendung des Begriffs der „Solidarität“ seitens der EU-Kommission unter der Leitung von der Leyens. Es geht ihr nicht um Solidarität mit den geflüchteten Menschen, sondern um „solidarische“ Unterstützung der Staaten an den Außengrenzen Europas etwa mit sogenannten „Abschiebepatenschaften“ durch andere EU-Regierungen.

Die Grenze zwischen „drinnen“ und „draußen“ wird immer brutaler gezogen. Wer von außerhalb Europas nicht genügend Wert als gewinnbringende Arbeitskraft mitbringt, wird dann aber als Spielball der europäischen und außer-europäischen Regierungen

und zur rechten Hetze missbraucht. Diese Menschen müssen jahrelang im Elend leben. Sie sehen sich brutalster Gewalt und Vergewaltigungen ausgesetzt. Sie werden in Lagern interniert, wie jetzt auch in einem neuen, geschlossenen Lager auf Moria. Sie verdursten in der Wüste oder ertrinken im Mittelmeer.

Den geflüchteten Menschen wird ihre Menschlichkeit genommen. Umso leichter können sie bekämpft werden, um von den Trennungslinien abzulenken, die innerhalb der europäischen Gesellschaften zwischen den Klassen verlaufen. Gleichzeitig wird die „Menschlichkeit“ in Europa hochgehalten, da sie ja jetzt „großzügig“ Hilfsgüter nach Moria schicken können.

Gleiche Rechte für alle

Sowohl Geflüchtete auf Lesbos als auch in Deutschland lebende Menschen protestieren gegen diese Politik – unter anderem in Mannheim und Heidelberg. Sie wollen zeigen, „dass wir dieses Unrecht niemals hinnehmen werden, dass wir Platz haben und dass wir weiterhin für gleiche Rechte und eine Zukunft für alle kämpfen“. So formulierte es Claudia Omoregie auf der Mannheimer Seebrücke-Kundgebung am 05.09.2020 wenige Tage vor dem Brand und fügte hinzu: „Es ist keine Zeit mehr, auf Erlaubnis von oben zu warten.“

Dabei darf es uns nicht nur um die Lager auf den griechischen Inseln gehen, sondern auch um die in Deutschland und der Rhein-Neckar-Region. Darauf wurde zum Abschluss der Seebrücke-Demo in Mannheim am 09.09.2020 aufmerksam gemacht: „Wir fordern die sofortige Evakuierung der Menschen auf Lesbos und die Schließung aller Lager. Wir fordern eine dezentrale humanitäre Unterbringung von Schutzsuchenden!“



Seebrücke-Kundgebung in Mannheim, 9. September 2020.

Foto: Avantif

Fridays for Future – Erfolgreicher Neustart

Am 25. September rief Fridays for Future (FFF) erneut zum Klimastreik auf. In Mannheim nahmen etwa 2.000 Menschen teil. Allen Protesten zum Trotz ist die herrschende Politik aber nach wie vor nicht bereit, der Klimakatastrophe konsequent entgegenzuwirken.



FFF-Demo in Mannheim, 25. September 2020.

Foto: Barbara Straube.

Herbstseminar der ISO Rhein-Neckar am Samstag, 14.11.2020 „Schnell noch die Welt verändern?“

U. D.

Die aktuellen Krisen des globalen Kapitalismus führen zu immer mehr sozialem Elend und zur fortgesetzten und beschleunigten Zerstörung der Natur.

Die zwischenstaatlichen Konflikte werden verschärft und unter ultranationalistischer Flagge angeheizt. Selbst militärische Konflikte zwischen hochgerüsteten Staaten scheinen möglich.

Die Superreichen und ihren Vertretungen in den prokapitalistischen Regierungen dieser Welt haben die Rechnung für diese Krisen längst gestellt: Bezahlen sollen die arbeitenden Klassen.

Unsere gesellschaftliche Alternative zum bürgerlichen Parlamentarismus auf der Basis der privaten Profitwirtschaft ist die direkte Demokratie auf der Grundlage einer demokratisch geplanten, bedürfnisorientierten und ökologischen Wirtschaft. Erst durch sie kann die Ausbeutung von Mensch und Natur beendet werden.

Unsere Ziele sind nicht die weltweite Vorherrschaft einer sozialen Minderheit oder eines Staates, sondern globale Solidarität und gleiche Rechte für alle. Gleichzeitig verstärkt sich das Gefühl, dass uns angesichts der drohenden Klimakatastrophe die Zeit davonrennt.

Da wir die Überwindung der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung als Voraussetzung für die Rettung unserer natürlichen Lebensgrundlagen verstehen, stellen sich uns umso

dringlicher die Fragen, die wir zum Erreichen unserer Ziele beantworten müssen: Wie gelingt es, mehr Menschen für diese Ideen zu begeistern? Welche Strategie müssen wir dabei verfolgen? Welches politische Programm brauchen wir? Welche praktische politische Aktivität müssen wir dort entwickeln, wo wir leben, lernen und arbeiten. Und nicht zuletzt: Wie müssen wir uns dafür organisieren?

Mit kurzen Referaten, Filmen, Lesungen, Musikbeiträgen und natürlich vielen Diskussionen wollen wir in einem entspannten Rahmen versuchen, auf diese und andere Fragen gemeinsame Antworten zu finden. Wir freuen uns sehr auf Deine Teilnahme!

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um verbindliche Anmeldung direkt bei unseren Genoss*innen oder bei ISO Rhein-Neckar, Postfach 1026110, D-68026 Mannheim, Tel./Fax: +49 (0) 621 /429 481 54, E-Mail: info@iso-4-rhein-neckar.de.

Gedenken an Lechleiter-Gruppe Widerstand gegen Rassismus und Faschismus!

H. S.

Am 15. September 1942 und am 23. Februar 1943 wurden 19 Mitglieder der Mannheimer Widerstandsgruppe um Georg Lechleiter von den Nazis hingerichtet. Sie hatten mit Flugblättern und der hektographierten Zeitschrift *Der Vorbote* über den Terror und den Vernichtungskrieg des Nazi-Regimes aufgeklärt.

Im Gedenken an das mutige Wirken der Frauen und Männer um Georg Lechleiter organisiert die Mannheimer Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) jedes Jahr eine Kundgebung.

Am 15. September 2020 versammelten sich rund 100 Menschen auf dem Lechleiter-Platz in der Schwetzingen Vorstadt. Die Veranstaltung wurde musikalisch von einem Trio (Gesang, Gitarre, E-Piano und Violine) umrahmt.

Nach Fritz Reidenbach (VVN-BdA) kamen Bürgermeister Dirk Grunert (Grüne), Thomas Hahl (1. Bevollmächtigter der IG Metall Mannheim) sowie ein Vertreter des Offenen Antifaschistischen Treffens (OAT) zu Wort.

Neben der Erinnerung an die Lechleiter-Gruppe nahmen alle Redner auch konkret Bezug auf die aktuelle Rechtsentwicklung. Insbesondere die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft würde das Erstarken von Rassismus und Faschismus begünstigen. Dieser Bedrohung müsse gemeinsam und entschlossen entgegengetreten werden. Dies sei auch das Vermächtnis der Lechleiter-Gruppe. ■



Lechleiter-Gedenken in Mannheim, 15. September 2020.

ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- FR, 02.10.2020, 11:55 Uhr, Protestaktion gegen Kaufhof-Schließung in N 7, MA*
- FR, 02.10.2020, 17:30 Uhr, Demo Seebrücke, Paradeplatz MA*
- DO, 08.10. 2020, 15:00 Uhr, Viko des Überbetrieblichen Solikomitees
- SA, 17. 10.2020, 13:00 Uhr, 7. Konferenz „BR im Visier“, Gewerkschaftshaus MA* (Anmeldung erforderlich)
- MI, 21.10.2020, 19:00 Uhr, Viko „Wer, wenn nicht wir ...“
- DO, 22.10.2020, 15:00 Uhr, Viko des Überbetrieblichen Solikomitees
- FR, 23.10.2020, 19:00 Uhr, Virtueller ISO-Infoabend zu Streiks im ÖPNV und Verkehrswende
- SA, 24.10.2020, 14:00 Uhr, ISO-Herbstaussflug*

Vorschau

- SA, 14.11.2020, 13 Uhr, ISO- Herbstseminar „Schnell noch die Welt verändern?“*

* (mit sorgsamer Beachtung der Gesundheitsschutzregeln)

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de

